

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für Ihre Anfrage an unsere Kandidierenden und auch recht schönen Dank für das Engagement, so hartnäckig bei dem Thema zu bleiben, dass uns als Linke schon seit Jahren ebenso umtreibt. Im Bundestag sowie auch im Landtag haben wir uns immer, wenn dieses Thema aufkam, sehr deutlich positioniert und für eine Reform ausgesprochen. Wir möchten ein starker parlamentarischer Partner für Sie und Ihre Anliegen sein. Das haben wir auch in der aktuellen Berichterstattung klar gemacht, wo wir uns gegenüber verschiedener Medien geäußert haben, u. a. auch in der von Ihnen genannten Magdeburger Volksstimme. Ich als Pressesprecher bin deshalb etwas überrascht, dass Sie uns in der Kategorie „Ablehnung“ eingruppieren möchten. Das kann ich ehrlich gesagt nicht ganz nachvollziehen, weil wir uns bereits ja öffentlich bekannt haben.

Eva von Angern hat mich gebeten, Ihnen ihre Antwort zu schicken, die wie folgt lautet:

Für Die Linke ist es eine zentrale Forderung, dass alle Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen anstatt eine separate Altersentschädigung zu erhalten. Dies haben wir sowohl im Landtag von Sachsen-Anhalt als auch im Bundestag mit Anträgen bzw. Gesetzesinitiativen sehr deutlich gemacht. Wir halten die aktuellen Abgeordnetenpensionen in Bund und Ländern für zu hoch und das aktuelle durchschnittliche Rentenniveau für zu niedrig. Die soziale Ungerechtigkeit bei den Renten wird in Sachsen-Anhalt besonders deutlich, weil wir auf der einen Seite ein üppig ausgestaltetes Pensionssystem für Abgeordnete und Beamte haben, andererseits aber über 10.000 Seniorinnen und Senioren im Land auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Wir sind deshalb auch für die Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent.

Grundsätzlich kann sich die Fraktion Die Linke einem Reformvorschlag anschließen, der darauf hinausläuft, dass Abgeordnete künftig in die allgemeine Rentenkasse einzahlen. Realistisch betrachtet kann dies allerdings erst in der kommenden Legislaturperiode geschehen. Wir haben nur noch drei reguläre Landtagssitzungen in dieser Legislaturperiode. Da ist ein solch komplexes Reformvorhaben schlicht aus zeitlichen Gründen nicht umsetzbar. Unsere Forderungen gelten aber in der nächsten Legislaturperiode fort.

Vielen Dank vorab für Ihre Arbeit.

Schöne Grüße,
Oliver Wiebe